

Das unterentwickelte Demokratieverständnis im deutschen Protestantismus

aus: vorgänge Nr. 16 (Heft 4/1975), S. 78-81

I.

In seiner Vorlesung anlässlich der Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der Theologie durch die Evangelisch-theologische Fakultät der Universität Bonn sagte Gustav Heinemann: „Der Durchbruch zur Demokratie im Jahre 1918 hatte sich nicht nur ohne christliche Beteiligung vollzogen, sondern geradezu gegen den Willen vor allem der evangelischen Kirchen“ [1]. Ein antidemokratischer Konservatismus deutschnationaler und völkischer Prägung bestimmte viele evangelische Christen in der Weimarer Republik. Wohl wurde diese Verquickung der nationalen Ideenwelt mit dem Protestantismus u a durch die Theologie Karl Barths nachdrücklich in Frage gestellt, aber überwunden wurde sie nicht – auch nicht durch den Kirchenkampf. Es ist erschreckend, wie nahezu ungebrochen diese traditionelle Haltung evangelischer Christen die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft überstanden hat. Das wurde in der Reaktion kirchlicher Kreise auf die „Stuttgarter Erklärung“ des Rates der EKD von 1945 und das „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der Bekennenden Kirchen von 1947 sichtbar.

Am Schlusse seiner Abhandlung Evangelische Kirche und politische Neuorientierung in Deutschland 1945 schreibt Werner Jochmann darum mit Recht: „Mit ihrer starken Traditionsgebundenheit hat die evangelische Kirche sehr entscheidend die vielen fruchtbaren Ansätze zu einer geistigen und politischen Neuorientierung des deutschen Volkes zunichte gemacht. Da die Kirche im Jahre 1945 und weit darüber hinaus eine starke und einflußreiche Position im Leben der drei westlichen Besatzungszonen besaß, hat sie damit sehr wesentlich die Voraussetzungen für die Restauration in der Bundesrepublik schaffen helfen. Die Reformer drangen nicht durch“ [2].

Noch 1956 konnte der Göttinger lutherische Theologe Wolfgang Trillhaas sagen, daß für die lutherische Theologie im Problemkreis der politischen Ethik die Demokratie das eigentlich unbewältigte Thema darstelle [3]. Der Beirat für politische Fragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken verabschiedete 1971 „Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“, die im Beirat selbst, aber auch in der katholischen Kirche auf heftige Kritik stießen – bis hin zu Urteilen wie „Thesen gegen die Demokratie“ und „Rückfall in Positionen des Katholizismus aus der vorkonziliaren Zeit“ [4]. Man muß also die Frage stellen, ob die christlichen Kirchen das Thema Demokratie wirklich ausdiskutiert haben oder ob ihr Verhältnis zur Demokratie immer noch in erster Linie formaler, aber nicht inhaltlicher Art ist. Unbeschadet einer grundsätzlichen Unterscheidung des kirchlichen und des staatlich-gesellschaftlichen Ansatzes ist Walter Dirks zuzustimmen, wenn er sagt: „Soll ein demokratischer Staat als solcher funktionieren, so wird die Gesellschaft, in der er sich artikuliert und wirkt, in hohem Maße demokratisch sein müssen ... auch in anderen Teilstrukturen der Gesellschaft“ [5]. Daß das nötig und möglich ist, haben vor allem die Angelsachsen überzeugend praktiziert. Es ist also entscheidend, daß die geistigen Grundlagen der Demokratie auch inhaltlich akzeptiert und verwirklicht werden.

In der theologischen Diskussion wie in den kirchenpolitischen und politischen Auseinandersetzungen der 60er und 70er Jahre haben evangelische Theologen und Juristen die anhaltende Aktualität des Problems deutlich gemacht und Überlegungen zu seiner Weiterführung vorgetragen. Zu nennen sind u a Ulrich Scheuner: „Die rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes“ und „Kirchen im demokratischen Rechtsstaat“ [6]; Ernst Wolf: „Die rechtsstaatliche Ordnung als theologisches Problem“ [7]; Gustav Heinemann: „Der demokratische Rechtsstaat als theologisches Problem“ [8]; Eduard Lohse: „Die evangelische Kirche und der demokratische Rechtsstaat“ [9]. Der Protestantismus ist in anhaltender Auseinandersetzung um die Überwindung traditionalistischer Anschauungen und die Herauslösung aus überkommenen

gesellschaftlichen Bindungen begriffen. Die derzeitige „Tendenzwende“ — von Kurt Sontheimer als Resignation und Reaktion charakterisiert [10] — sollte man eine Gegenreformation nennen, die die Auseinandersetzungen verschärft und die Bemühungen erschwert, die Frage nach dem Verhältnis des deutschen Protestantismus zur Demokratie endlich eindeutig und positiv zu beantworten.

Von der gegenwärtigen Lage der Demokratie zeichnet Karl Loewenstein ein sehr düsteres Bild. Er schreibt in seiner Verfassungslehre: „Eine geschriebene Verfassung umkleidet jedes Regime immer mit einer gewissen Respektabilität. Die Jünger Maehiavells haben entdeckt, daß das demokratische Credo das Aushängeschild ist, unter dem sie ihrem finsternen Gewerbe nachgehen können. Die geschriebene Verfassung ist somit zur Tarn- und Narrenkappe für die nackte Gewalt geworden“ [11]. Auf diesem Hintergrund wird die Warnung von Heinrich Albertz verständlich, der vor der akuten Gefahr eines Obrigkeitsstaates warnt und ein Eintreten der Kirche dafür fordert, daß die demokratische Substanz sich laufend weiterentwickelt und tragfähig wird; es gehöre zum besonderen Auftrag der Kirche, Freiheit und Menschlichkeit in der Gesellschaft zu erhalten [12]. Wenn Loewensteins Analyse stimmt, hat die Warnung von Albertz für die Kirche das Gewicht einer drängenden Aktualität.

II.

Unter dem Titel *Auf einem Auge blind — Unterwanderung der evangelischen Kirche von rechts?* haben Klaus Ahlheim und Klaus Wiesinger (Studentenpfarrer in Frankfurt und Gemeindepfarrer in Berlin) eine Sammlung von Materialien herausgegeben und interpretiert, die Beachtung verdient [13]. Darstellung und Analyse können zum Verständnis der gegenwärtigen kirchlichen und gesellschaftlichen Situation beitragen. Es ist, wie Helmut Gollwitzer im Geleitwort sagt, notwendigerweise eine polemische Schrift, die aber der „Selbstkritik und dem Gespräch und also dem wahren Frieden in der Kirche“ [14] dienen soll.

Sieht man allerdings das in dieser Schrift vorgelegte Material durch und ergänzt es noch aus persönlichen Erfahrungen, so wird man nur noch mühsam die Zuversicht aufbringen, daß das gelingt. Voraussetzung dafür wäre, daß zunächst einmal das arge Wort von einer „linken Unterwanderung“ der evangelischen Kirche fällt. (Die Verfasser der Schrift lehnen diese Formel „Unterwanderung“ grundsätzlich ab und haben sie eindeutig im „umgekehrten“ und „ironischen“ Sinne übernommen.) Hinter der Behauptung von einer „Unterwanderung“ wird ein Denken im „Freund-Feind-Schema“ sichtbar, wie es 1932. von Carl Schmitt in seiner Arbeit *Der Begriff des Politischen* entfaltet wurde und bis heute eine verhängnisvolle Rolle spielt. Wer in diesem Schema denkt und redet, kann sich nur noch mißbräuchlich auf Bibel und Kirche berufen. Zum anderen schließt dieses Denken das Gespräch — das klassische Mittel der Auseinandersetzung in der Demokratie — aus; denn es liegt in seiner Konsequenz, nicht die Kommunikation mit dem Andersdenkenden (auch wenn er irren sollte), sondern seine Ausschaltung und Ausgliederung zu suchen. Es gehört zum Bedrückenden an der gegenwärtigen Situation in Kirche und Gesellschaft, daß das Gespräch nahezu verstummt ist.

Diese Haltung schlägt sich bei den in dieser Schrift dargestellten Gruppen und Einzelpersonen auch in der geradezu militanten Art nieder, mit der Motive und Handlungen Andersdenkender apostrophiert und teilweise diffamiert werden. Der Gesamteindruck ist: man weiß sich in der Position eines Verteidigers, der Angriffe abzuwehren hat auf einen Besitz kirchlicher Normen und gesellschaftlicher Anschauungen, vorwiegend traditionell national-bürgerlicher Art, deren absolute Verbindung zu kirchlichen Normen behauptet wird. Das Bild ist vielfältig, im einzelnen ist zu differenzieren. Im Grunde sind aber theologisch-kirchliche und politische Aussagen bei allen Gruppen so eng aufeinander bezogen und so eng miteinander verbunden, daß der Vorwurf einer Politisierung der Kirche durch den „Linksprotestantismus“ grotesk erscheinen muß. Vorwerfen könnte man dem Linksprotestantismus allenfalls, daß er theologisch und politisch andere Positionen einnimmt, z B hinsichtlich der Verbindung von christlichem Glauben und vaterländischer Gesinnung.

Ich meine freilich, daß man nicht von einem Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland sprechen darf. Das Vaterland hat aber, u a nach den Erfahrungen zweier Weltkriege, einen anderen Stellenwert erhalten. Es wird nicht bestritten, daß es ein Wert ist, aber dieser Wert wird nicht mehr aus einer göttlichen Schöpfungsordnung begründet. Hält man jedoch an dieser Begründung fest, dann muß notwendigerweise jede Aussage zum Vaterland absoluten Charakter tragen und jede andere Meinung konsequent bekämpft werden.

In diesen Zusammenhang gehören auch Aussagen zum sogenannten „westlichen Denken“, dessen Wurzeln, so scheint es mitunter, vorwiegend in der Französischen Revolution gesehen werden. Sicher ist als Folge u a der Napoleonischen Kriege und des 1. Weltkrieges das Verhältnis vor allem des deutschen Bürgertums zum westlichen Denken beeinträchtigt worden. Es ist darum, so scheint mir, positiv zu bewerten, daß als Folge des 2. Weltkrieges endlich die breite Öffnung zum Westen erfolgt ist und daß „westliches Denken“ die Barriere der Distanz in Deutschland überwunden hat. Darum können zB die Attacken auf den sogenannten „Intellektualismus“ (jüngst wieder Schelsky und Steinbuch) nur noch anachronistisch und peinlich wirken. Weiter fallen abwertende Sätze über die sogenannte „Demokratisierung“ auf. Selbst wenn in diesem Prozeß Überbordungen festzustellen wären, könnte das nur Anlaß zu verstärkter Mitarbeit, nicht aber zu einer Abwertung sein. Sind doch unter Demokratisierung alle Bemühungen zu verstehen, die „demokratische Substanz weiter zu entwickeln und tragfähig“ zu machen. Die damit des öfteren verbundene Behauptung, daß eine „Demokratisierung“ der Kirche dem Wesen der Kirche widerspräche, müßte zumindest eine Antwort versuchen auf die Frage, wie es denn um die Schriftgemäßheit demokratisch verfaßter Kirchen z B in den angelsächsischen Ländern bestellt ist. Im übrigen wäre nach reformatorischem Verständnis ein hierarchisches Prinzip ohne biblische Grundlage. Man ist wirklich versucht, die Frage nach dem demokratischen Bewußtsein einiger Kirchenpolitiker und Publizisten zu stellen! Wird hier nicht das traditionelle Mißtrauen gegen „westliches Denken“ wieder sichtbar?

Bei den Angriffen auf die „Linksprotestanten“ spielen Marxismus und Kommunismus eine entscheidende Rolle. Auffallend ist die Maßlosigkeit der Angriffe und die gefährliche Vereinfachung der Probleme. Eine 1967 anonym veröffentlichte Schrift — man kann die Verfasser nur ahnen — mit dem Titel Politik in der Kirche. Schwarmgeisterei oder fremde Machtpolitik? soll beweisen, daß die „Linksprotestanten“ von Moskau aus ferngesteuert werden. „Es muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß die kommunistische Propaganda in der Evangelischen Kirche ein dank-bares Objekt für ihre offenen und versteckten Subversions- und Infiltrationsbemühungen gefunden hat“ [15]. Es ist schon mehr als infam, wenn diese Schrift vorwiegend an Industrielle versandt wurde — mit dem Hinweis, daß nach kommunistischer Auffassung der Kapitalismus in raschem Verfallsprozeß sei, wobei der heutige Protestantismus eine zentrale Rolle spiele. Gleichzeitig wurde um Spenden (gegen Spendenbestätigung) gebeten. Bemerkenswert ist an diesem Vorgang auch — man kann das auch sonst beobachten — die Rücksichtslosigkeit, mit der die Kirche als Kirche in Verruf gebracht wird, wenn es sich als nützlich erweist. Was hat das mit Christentum und Kirche zu tun? Hier dominieren politische und wahrscheinlich auch wirtschaftliche Interessen! Wer schiebt hier eigentlich prinzipielle Einsichten des Neuen Testaments beiseite und beschreitet auf dem Felde der politischen Ethik falsche Wege? Das Wort Heuchelei dürfte zu schwach sein, diesen Vorgang angemessen zu charakterisieren.

Es ist zu begrüßen, daß die Schrift von Ahlheim und Wiesinger die „Linksprotestanten“-rede von Kai-Uwe v. Hassel aus dem Jahre 1965 in wesentlichen Teilen wiedergibt und sie damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht. Über die Analyse der äußeren und inneren Probleme hätte in dieser Rede sorgfältiger und differenzierter gesprochen werden müssen. Aber daß von Christen, die sich über den Kommunismus und Marxismus Gedanken machen, was die Kirchen leider jahrzehntelang versäumt haben, gesagt wird, sie seien Ignoranten, die die Wirklichkeit und die Situation der Kirche im Kommunismus nicht sehen oder wahrhaben wollten und dienten einem Totalitarismus, der Freiheit, Würde und Recht des Menschen zerstört und ihr Gotteshaus in Traktorenstationen verwandelt: das verrät eine Haltung im Umgang mit Andersdenkenden, die schwerlich Kirche und Christentum für sich in Anspruch nehmen kann. Und das alles unter der Ideologie des Antichristen ... Auch hier fällt auf, daß es eine Rücksichtnahme auf die Kirche als Kirche unter bestimmten Voraussetzungen offenbar nicht gibt. Damit wird naturgemäß die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen in ihrer kirchlichen Begründung fragwürdig.

Dasselbe gilt für die Rolle, die das Mitglied der Synode und des Berliner Abgeordnetenhauses und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises Ursula Besser in der konzertierten Aktion gegen Kurt Scharf, die Heinrich Böll mit Recht eine Christenverfolgung genannt hat, u a auch publizistisch gespielt hat. Aus dem umfassenden Material der Schrift können hier nur einige Punkte herausgegriffen werden. Die einzelnen Gruppierungen und Organisationen, die umfassend beschrieben werden — genannt seien „Die evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ und „Der Gelbe Kreis“, aber auch der „Evangelische Arbeitskreis der CD U/ CSU“ — stehen untereinander in Verbindung, teils organisatorisch, teils durch einzelne Personen, lockerer oder enger. Sie werden von der Publizistik unterstützt, zu der intensive

Verbindungen bestehen. Der Name H. G. v. Studnitz ist u a bekannt durch anmaßende Angriffe in seinem Buch Ist Gott Mitläufer?, der Name Motschmann findet sich u a in Leserbriefen der Springer-Presse, Petersmann ist bekannt durch seinen Kampf gegen die „Ostdenkschrift“ und seine Bundestagskandidatur auf der Liste der NPD.

Die Ereignisse der letzten Jahre, etwa die Angriffe auf Eduard Lohse 1972 und Kurt Scharf 1974/75, haben gezeigt, daß die Arbeit dieser Gruppen und ihrer publizistischen Helfer nicht ohne Wirkung geblieben ist. Pauschale Angriffe gegen die Evangelischen Studentengemeinden — 1961 durch v. Hassel eingeleitet — und ihr publizistisches Echo haben mindestens die Folge gehabt, daß die ohnehin wenig positive Einstellung gegenüber kritischen jungen Menschen in der Bundesrepublik noch negativer geworden ist.

Das Antirassismusprogramm und die „Politische Disziplinierung von Pfarrern“ werden in dem Buch von Ahlheim und Wiesinger ausführlich behandelt. Das politische und kirchliche Klima ist zweifellos negativ beeinflusst worden.

Die vorliegende Schrift ist von beachtlichem Informationswert und gibt durch ihre Analysen Anlaß zu kritischen Überlegungen über die Situation in Kirche und Gesellschaft. Sie macht deutlich, daß die Absolutsetzung eigener Anschauungen, die Verweigerung des Gespräches und die Verketzerung Andersdenkender Situationen heraufbeschwört, die die Kirche wie die demokratische Gesellschaft an der Wurzel treffen. Christen werden hier bedingungslos für eine Änderung zu kämpfen haben. Damit gehen sie ihren eigenen Weg, den sie durchhalten müssen, auch wenn „Der Griff nach der Kirche“ aus politischen und wirtschaftlichen Interessen stärker wird. Die Äußerungen von Kurt Biedenkopf, daß in Zukunft die Partei bestimmen werde, was in der Politik christlich sei [16], werden zu harten Auseinandersetzungen führen. Daß aber Kirche Kirche bleiben muß, gilt nicht zuletzt für die Gruppen und Personen, mit denen diese Zeilen sich beschäftigt haben!

Verweise:

1 Bulletin, 1967, Nr 152, S 1278.

2 Geiss/Wendt: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag. 1973. S. 562.

3 Dombois/Wilkens: Beiträge zur lutherischen Staatslehre der Gegenwart. 1956. S. 26.

4 Katholische Landjugend: 2. Ferienseminar des Cusanuswerkes. Zitiert in „Stimme der Gemeinde“, 1973, Nr 19, S. 291.

5 Frankfurter Hefte, 1969, S. 469 ff und 637 ff.

6 Theologische Existenz heute, 1964, Nr 119, S II.; Lutherische Monatshefte, 1973, Nr 2, S. 76.

7 Theol Existenz heute, 1964, Nr 119, S. 28.

8 Bulletin, 1967, Nr 152, S. 1277.

9 Luth Monatshefte, 1975, Nr 4, S. 218.

10 Deutsche Zeitung, 26.4.1974.

11 Verfassungslehre, 1956, S. 148f.

12 Ev Pressedienst, Zentralausgabe, 1974, Nr 234.

13 Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1975.

14 S. 9.

15 S. 49, dort auch die Quellenangabe.

16 Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 31.3. u. 21.4.1974; s auch Erhard Eppler in: DAS, 28. 4.1974.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/16/publikation/das-unterentwickelte-demokratieverstaendnis-im-deutschen-protestantismus/>

Abgerufen am: 19.04.2024